



Bremer Aktionsbündnis
Menschenrecht
auf Wohnen



Generation Wohnungsnot

Jungen Menschen auf dem Bremer
Wohnungsmarkt Perspektiven bieten!

Dialogveranstaltung vom 5. April 2022 im Bremer Zentrum für Baukultur

Inhalte, Ergebnisse und politische Vorhaben

Neue Perspektiven für junge Menschen auf dem Wohnungsmarkt

Zusammen mit der DGB Jugend Bremen, Fluchtraum Bremen e.V. und dem Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen will der Bremer Jugendring den Bremer Wohnungsmarkt für junge Menschen gerechter gestalten.

Im gemeinsamen Positionspapier benennen wir zentrale Probleme sowie bedeutsame Handlungsfelder.

- Anlauf- und Beratungsstelle zu Wohnungsfragen
- Antidiskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
- Bezahlbarkeit von Wohnen

Hier zum Positionspapier:

<https://bremerjugendring.de/gerechter-wohnen>



Eine Agenda mit Potential in die Tat umsetzen

Über 30 junge Interessierte, Fachkräfte und Multiplikator*innen sowie Politiker*innen der CDU (Sandra Ahrens), der SPD (Oliver Schmolinski), der Grünen (Björn Fecker), der Linken (Maja Tegeler) und der FDP (Marcel Schröder) erarbeiteten zu den drei Themenfeldern eine lange Liste mit konkreten Handlungsvorschlägen. Dabei wurden pro Themenfeld zwei zentrale Forderungen besonders hervorgehoben und sollen der Politik als Leitgedanken für die hiesige Wohnungspolitik dienen.



Themenfeld:

Bezahlbarkeit von Wohnen

Konkrete Handlungsvorschläge

- Mehr bauen
- Ausnutzen der Wohnungsnot unterbinden
- Genehmigungsfiktion für Bauanträge
- Volumen
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum steuerlich unterstützen
- Genossenschaft
- Azubi-Wohnheime
- Anmietung von Wohnraum (subventioniert) für jüngere Menschen
- Gemeinnütziges Bauen (Fonds) durch städt. Wohnungsgesellschaften politisch beschließen (für Studierende, für Auszubildende)
- Für Mangelberufe wie Erzieher*innen päd. Fachkräfte, Altenpflege oder Krankenpflege über BREBAU-, GEWOBA-Kontingent preiswerter Wohnungen
- Finanzielle Unterstützung für Wohnraum für Azubis
- BAföG reformieren; elternunabhängiger
- Wohngeldstelle endlich ausreichend Personal (Dauer von 5 Monaten kürzen, Beratung in extra Beratungsstelle), 40 % Dunkelziffer beenden
- Anreiz finanziell (vom Staat) in ärmere Quartiere zu ziehen (soziale „Mischung“)
- Mobilität ausbauen / stark erweitern
- Quote für geförderten Wohnraum durch Wohnungsgesellschaften erhöhen und Laufzeit stark verlängern (politische Regelung)
- Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen werden, darum: Mietendeckel, Grundstücke nur noch in Erbpacht
- Mietendeckel / Mietenstopp
- Für Bestandswohnungen
- Städtischer Boden, Land nicht mehr verkaufen, Erbbaurecht

Themenfeld:

Anlauf- & Beratungsstelle zu Wohnungsfragen

Konkrete Handlungsvorschläge

- Kostenlose Beratung
- Rechtsberatung
- Unterstützung in Rechtsfragen
- Rechtliche Akut-Beratung
- Unterstützung bei Wohnungssuche
- Finanzielle Beratung
- Angehängte Notschlafstelle
- Pflicht für Vermieter*innen erhöhen
- Vernetzung
- Bekanntheit von Anlauf- & Beratungsstellen für Jugendliche & junge Erwachsene weiten
- Schnittstelle / Vernetzung schaffen zum Thema Antidiskriminierung
- Gute Vernetzung zu Initiativen, Beratung, Wohnheimen, Studi-Werk etc.
- Lobbyarbeit für junge Menschen auf dem Wohnungsmarkt (Kampagnen, Dialog mit Politik, Vernetzung)
- Aufklärung & Empowerment
- Schulungen für Multiplikator*innen (z.B. Sozialarbeiter*innen)
- Leicht verständliche Bildungsangebote (Mietverträge, Rechte etc.)
- Die Schule, die aufs Leben vorbereitet (Fach / Workshop / AGs ...)
- Fach- und Infostelle
- Dokumentation von Problemen und Erfolgen
- Ökologische mit sozialen Ansprüchen zusammenbringen
- Re-use
- Verbindungen knüpfen
- Mieter*innengewerkschaft
- Sprachbarriere brechen
- Diversität im betreuenden Team
- Zentral / dezentral Struktur?
- FAQ online
- Infobroschüre + Webseite
- Finanzierung?
- Sichere Finanzierung des Projekts
- Welche Angebote gibt es bisher?

Themenfeld:

Antidiskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Konkrete Handlungsvorschläge

- Anlaufstelle Wohnen auch in der künftigen Landesantidiskriminierungsstelle (LADS)
- Unterstützung bei vorgerichtlichen Verhandlungen
- Kostenlose Möglichkeit einer rechtlichen (Erst-)Beratung
- Rassismus ausschließen Supervision bei Wohnungsunternehmen
- Unabhängige Monitoring-Maßnahmen (v.a. Meldeportal von Diskriminierungsvorfällen, Testings)
- Verpflichtende Antidiskriminierungsworkshops für Vermieter*innen
- Sensibilisierung bei Wohnungsunternehmen über geschlechtliche Minderheiten
- Aufklärung über Bildung, um Diskriminierung zu vermeiden
- Aufklärung über eigene und Vermieter*innen-Rechte
- „sozialer Status“ anerkennen als Diskriminierungsmerkmal
- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wird gesetzlich nicht bekämpft!
- Einklagbares Recht auf angemessenen Wohnraum
- AGG-Reform verfolgen: Beweislast umkehren, Sonderstatus von Wohnung auflösen, Sammelklagen möglich machen
- Gesetzliche Hürden für Vermieter*innen bereits ab der ersten oder zweiten Wohnung einführen
- Verbote, dass Vermieter*innen sozialhilfeabhängige Menschen direkt ausschließen
- Vermieter*innen Rechte „schwächen“
- Schlussfolgerungen aus BREBAU-Skandal: Verlosung der angebotenen Wohnungen unter den Bewerber*innen – aber...
- Bewerbungen sollten ohne Angabe zum Namen, Geschlecht etc. sein müssen
- Anlaufstelle, wo mensch sich bewerben kann und direkt weiter vermittelt wird an eine Wohnung und sicher eine bekommt.
- 110% „ordentlich“ bezahlbare Wohnungen; schon bekommen alle eine.
- Diskriminierung / Vorurteile gesamtgesellschaftlich bekämpfen



Bremer Politiker*innen verpflichten sich!



Antidiskriminierung

- Landesanti-diskriminierungsstelle (LADS) mit Fachstelle „Wohnen“, insbesondere für Aufklären, Sensibilisierung, Sanktionen
- Bundesratsinitiative AGG-Reform, insbesondere Anerkennung „sozialer Status“



Bezahlbarkeit



- Kurzfristige finanzielle Unterstützung: Wohngeld vereinfachen / effizienter, Zuschüsse für Wohnungen (u. reform)

Anlauf- & Beratungsstelle

- Es sollte auf jeden Fall mehr gut + sicher finanzierte Beratungsstellen für junge Menschen geben!
- Die Anlaufstelle sollte sich in Bezug zum tatsächlichen Bedarf anpassen.



Kernforderungen aus den Themenfeldern

- Die zwei jeweils wichtigsten Forderungen -

Antidiskriminierung

- Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) mit Fachstelle „Wohnen“, insbesondere für Aufklären, Sensibilisierung, Sanktionen
- Bundesratsinitiative AGG-Reform, insbesondere Anerkennung „sozialer Status“

Bezahlbarkeit

- Land der Stadt erhalten & verpachten, Neubau und Sozialbindungen verlängern
- Kurzfristige finanzielle Unterstützung: Wohngeld vereinfachen / effizienter, Zuschüsse für bestehende Wohnungen (und BAföG reformieren)

Anlauf- & Beratungsstelle

- Es sollte auf jeden Fall mehr gut + sicher finanzierte Beratungsstelle(n) für junge Menschen geben!
- Die Anlaufstelle sollte sich in Bezug zum tatsächlichen Bedarf anpassen.



Mehr zum Thema

Junge Menschen auf dem Wohnungsmarkt

„Bremen sucht die Superwohnung“

Satirischer Kurzfilm über Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

<https://www.youtube.com/watch?v=AIRYCVp5kVY>

Bei weiterem Interesse:

Moritz Wittkamp

0159-06318080

moritz.wittkamp@bremerjugendring.de